



**»Sie reden vom Frieden,
aber sie führen Krieg.«**

Bilanz von 10 Jahren Krieg
und Perspektiven für ein
freies Afghanistan

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhalt

Vorwort	3
1. Sie reden vom Frieden, aber sie führen Krieg	4
Irreführung, Unwahrheit und Heuchelei ...	4
Ein Abzug, der keiner ist	5
Warum der Ruf nach Abzug immer noch notwendig ist	5
2. Zehn Jahre Krieg wofür? Die verheerende Bilanz des Kriegs	7
Täglich werden es mehr: Die Opfer des Kriegs	7
Krieg gegen die Bevölkerung: Das Bombardement von Kundus	8
Demonstranten von der Bundeswehr in Talokan erschossen	9
Korruption beherrscht das Land	9
Keine Lösung in Sicht: Der fehlgeschlagene Staatsaufbau	10
Sicherheit für die Gesellschaft konnte nicht hergestellt werden	11
Soziale Lage: Fast nirgendwo geht es den Menschen schlechter als in Afghanistan	11
Der Krieg erschwert das Leben von Frauen in Afghanistan	12
Das schiitische Ehegesetz	13
Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsarbeit	14
Flucht aus Afghanistan	14
3. Deutschland im Krieg: Wie sich unser Land verändert hat	15
Unsere Freiheit wurde am Hindukusch preisgegeben	15
Traumatisierte Menschen – die unsichtbaren Opfer	16
Die ständige Ausweitung des Bundeswehreininsatzes	17
ISAF und OEF: Eine gefährliche Mischung	17
Tornados, AWACS, Pakistan und die Ausweitung des Kriegs	23
Zivilmilitärische Zusammenarbeit als Teil des Kriegs	24
4. Mit Verhandlungen zum Frieden?	26
Sofortiger Abzug	26
5. Der einzige Weg: Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft	28
6. Zentrale Forderungen der LINKEN	33
7. Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag	34
ISAF-Mandat	34
Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen	35
OEF-Mandat	35

Drogenanbau	36
Menschenrechte, Gender, Frauen, Homosexualität	36
Sicherheitspolitik	37
Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen	39
Gefangennahmen in Afghanistan	39
Kriegskosten	39
Kriegsopfer	40

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Text: Johanna Bussemer, Florian Horn

Redaktion: Christel Buchinger, Nadja Douglas, Gisela Zimmer,
Thomas Feske, Alexander King, Christopher Steinmetz,
Florian Warweg

Fotos: Linksfraktion

Stand: 1. November 2011

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

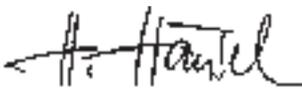
Im Oktober jährt sich der Beginn des Afghanistankriegs und der deutschen Kriegsbeteiligung zum zehnten Mal. Der Einmarsch in Afghanistan mit deutscher Beteiligung war und ist bis heute Teil des von den Vereinigten Staaten ausgerufenen „Kriegs gegen den Terror“. Die Welt wurde eingeteilt in die Achse des Bösen und des Guten. Mit dieser Broschüre wollen wir Bilanz ziehen: Was bedeuten zehn Jahre Krieg für die afghanische Bevölkerung, wie viele Opfer sind zu beklagen, wie viele Ressourcen wurden für Zerstörung und Hass verschwendet statt für Aufbau und Versöhnung, welches korrupte und neoliberale Regime wird in Afghanistan militärisch und politisch etabliert, welche strategischen Überlegungen liegen der Militärintervention zugrunde und wie wirkt sich der „Krieg gegen den Terror“ auf die Außen- und Innenpolitik Deutschlands aus? Welche Folgen hat die zivilmilitärische Zusammenarbeit für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan? Wie steht es mit dem angekündigten Abzug der internationalen Truppen?

Wir beschreiben eigene parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Die Forderung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr steht dabei nach wie vor im Mittelpunkt, verbunden mit der konkreten Unterstützung ziviler und demokratischer Friedenskräfte in Afghanistan. Diesen mutigen Frauen und Männern, die gegen den Krieg, gegen die Besatzung und die korrupte Regierung Karzai ankämpfen, gilt unser Respekt. Und gemeinsam mit diesen afghanischen Kräften und der internationalen Friedensbewegung wollen und müssen wir diesen Krieg endlich beenden.

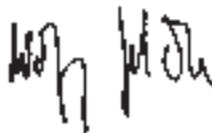
Wir wissen: Im Krieg sterben Wahrheit und Gerechtigkeit zuerst. Nichts ist gut in Afghanistan, diese Feststellung der ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, hat DIE LINKE vertreten und deshalb im Bundestag immer wieder gefordert, den Krieg zu beenden.

„Demokratie und Menschenrechte lassen sich nicht herbeibomben, wir können uns nur selbst befreien“, sagt die ehemalige afghanische Parlamentarierin Malalai Joya.

Berlin, Oktober 2011



Heike Hänsel
Sprecherin für Entwicklungspolitik
der Fraktion DIE LINKE



Wolfgang Gehrcke
Außenpolitischer Sprecher und Leiter
des Arbeitskreises Internationale Politik
der Fraktion DIE LINKE

I. Sie reden vom Frieden, aber sie führen Krieg

Als die Bundesregierung aus SPD und Grünen, unterstützt von Union und FDP, vor zehn Jahren die Bundeswehr nach Afghanistan schickte, war die damalige PDS als einzige im Bundestag vertretene Partei dagegen. Mit Krieg kann Terrorismus nicht besiegt werden. Davon waren und sind wir überzeugt. Von Jahr zu Jahr hat sich die PDS und später DIE LINKE der Erneuerung des Bundeswehrmandats immer wieder verweigert.

Irreführung, Unwahrheit und Heuchelei ...

... standen am Anfang des Kriegs und sie kennzeichnen die Debatte über den angeblichen Abzug. Die Absicherung des Aufbaus in Afghanistan, der schon sprichwörtliche Brunnenbau, die Durchsetzung und Sicherung der Menschenrechte, vor allem von Frauen – das Trommelfeuer der Medien sollte keine andere Interpretation des Waffengangs zulassen als diese. Mit der Politik- und Medienkampagne sollte nur das Wahlvolk gefügig gemacht werden, auch die Verfassung musste umschifft werden. Deshalb durfte der Krieg nicht Krieg genannt werden.

Es hat immer Alternativen zum Krieg gegeben, die von Friedenskräften der ganzen Welt propagiert wurden. Es hätte immer den Weg der Verhandlungen gegeben, den Versuch des Ausgleichs. Die Taliban boten die Auslieferung Osama Bin Ladens an, dessen Ergreifung offizieller Kriegsgrund war – er hätte dann vor ein ordentliches Gericht gestellt werden können. Die Friedensbewegung hat diese andere Logik eingefordert, den anderen Weg, den Weg der Verhandlungen, der konsequenten Unterstützung der demokratischen Kräfte in Afghanistan. Der Krieg hingegen hat dem Terrorismus neue Unterstützer zugetrieben und die Demokratinnen und Demokraten in Afghanistan geschwächt.

Nun geht diese Besetzung in ihre zweite Dekade und dauert damit länger als die sowjetische Besetzung Afghanistans oder der Vietnamkrieg. Heute müssen sich die Kriegsparteien im Bundestag eingestehen, dass sie ihre eigenen Ziele nicht erreicht haben. Die wenigen Erfolge, die für Freiheit und Sicherheit der Menschen in dieser langen Zeit erzielt wurden, stehen in keinem Verhältnis zu den durch diesen Krieg verursachten Opfern. Nur das wirkliche Ende dieses Kriegs kann die Lage der Menschen in Afghanistan verbessern. Die Fraktion DIE LINKE fordert gemeinsam mit der Friedensbewegung den sofortigen und vollständigen Abzug der Bundeswehr.

Krieg und Besetzung verhindern Entwicklung und verletzen elementarste Menschenrechte. Die PDS und heute DIE LINKE wurden für ihre Verweigerung der Zustimmung zum Krieg sowohl in den Medien als auch von allen anderen Frakti-

onen als politikunfähig kritisiert. Doch in der Bevölkerung wuchs die Mehrheit gegen diesen Kriegseinsatz von Jahr zu Jahr. Heute, nach zehn Jahren Krieg und Besatzung, sieht es so aus, als ob sich die anderen Fraktionen dem Standpunkt der LINKEN annähern. Alle sprechen jetzt vom Abzug. Doch es lohnt sich, genauer hinzuschauen.

Ein Abzug, der keiner ist

Im November 2010 sagte der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Michael Steiner, dem Tagesspiegel: „Jeder weiß, dass es in Afghanistan keine militärische Lösung geben kann. Der Westen hat sich zu Afghanistan in der Vergangenheit Illusionen hingegeben.“ Illusionen, die Tausenden Menschen Leben und Gesundheit gekostet haben und für die Milliarden Euro und Dollar ausgegeben wurden, von denen ein Bruchteil gereicht hätte für die Entwicklung in Afghanistan. Die Bundesregierung stellt im „Fortschrittsbericht Afghanistan“ fest: „Die stetig wachsende Militärpräsenz hat bisher nicht zu einer signifikanten und nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage geführt“, und sie schlussfolgert: „Mittlerweile sind sich alle Akteure einig: Militärisch ist der Konflikt in Afghanistan nicht zu lösen.“

Endlich – wenn auch viel zu spät – scheint die Bundesregierung einen Abzug der Bundeswehr vorzubereiten. Doch zugleich geht der Krieg in Afghanistan weiter. Und das heftiger als je zuvor. Denn wenn im Jahr 2014 mit einer Reduzierung der Truppen begonnen werden soll, so die Logik der NATO-Länder, müssen vorher militärische Erfolge her.

Dass von einem Ende des Kriegs in Afghanistan nicht die Rede sein kann, zeigen die steigenden Opferzahlen und beweist die Verlegung von mehr Kriegsgerät und mehr Soldatinnen und Soldaten nach Afghanistan im Frühjahr 2011. Da die Bundesregierung auch weit über das Jahr 2014 hinaus in Afghanistan militärisch präsent sein will, wird im „Fortschrittsbericht“ die bestellte Bitte der afghanischen Regierung formuliert: „In der Phase der Transformation wird die afghanische Regierung die internationale Gemeinschaft und damit möglicherweise Deutschland um die Unterstützung durch Ausbildungskräfte und Schlüsselfähigkeiten der Bundeswehr (allerdings in deutlich geringerer Stärke) auch über 2014 hinaus bitten.“ So sieht Abzug nach Art von CDU/CSU und FDP aus.

Warum der Ruf nach Abzug immer noch notwendig ist

Schwarz-Gelb führt fort, was einst unter Rot-Grün begonnen wurde: Der deutschen Bevölkerung wird die nackte Wahrheit über den Krieg vorenthalten. Genau so wie das Bundeswehrmandat jahrelang mit der Notwendigkeit des Baus von Brunnen und Mädchenschulen begründet wurde, so wird heute der deutschen Bevölkerung vorgegaukelt, dass die Rede vom Abzug bereits das Ende des Kriegs

bedeuten würde. Die SPD spricht – kaum in der Opposition angekommen – von Abzugsperspektiven und stimmt gleichzeitig regelmäßig für die Verlängerung der Mandate. Die Grünen lavieren: In der Bundestagsfraktion stimmt immer etwa ein Drittel für das Mandat, ein Drittel dagegen und ein Drittel enthält sich. SPD und Grüne verantworten ebenso wie CDU/CSU und FDP die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg. Eine tatsächliche Abwendung von der deutschen Kriegsbeteiligung ist bei diesen Parteien nicht erkennbar.

Trotz vieler Desinformationen und Täuschungen durch die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker haben immer wieder Menschen, die sich in ihrer Kriegsablehnung nicht erschüttern ließen, gegen den Krieg protestiert. Aber wenn die Bundesregierung erneut auf den Bonner Petersberg lädt – dorthin, wo vor zehn Jahren das Übel, das Afghanistan heute fest im Griff hat, beschlossen wurde –, gilt es noch einmal, für Afghanistan und gegen diesen Krieg auf die Straße zu gehen. Denn weitere zehn Jahre Krieg können der afghanischen Bevölkerung nicht zugemutet werden.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat nicht nur seit Beginn des Kriegs jegliche Zustimmung zu den Kriegsmandaten verweigert, wir haben zugleich in Afghanistan diejenigen Kräfte unterstützt, die für ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Afghanistan ohne Waffen kämpfen. In den letzten zehn Jahren hatten wir das Glück, auf zahlreichen Reisen in Afghanistan und bei unseren Veranstaltungen hier in Deutschland tapfere Menschen aus Afghanistan kennenzulernen, die sich, so unterschiedlicher Herkunft und politischer Ausrichtung auch immer sie sind, doch darin einig sind: Afghanistan ist vom Krieg zermürbt. Unter der Besatzung kann sich kein demokratisches, freies Afghanistan entwickeln. Die demokratischen Kräfte Afghanistans drohen zwischen den Aufständischen und den ausländischen Besatzern zerrieben zu werden. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn der Krieg zwar offiziell für beendet erklärt wird, aber 50.000 Soldatinnen und Soldaten, Ausbilder, zahlreiche Eliteeinheiten und vom Westen bezahlte private „Sicherheitskräfte“ weiter im Land verbleiben.

Die Bundesregierung hat angekündigt, dass sie bis zum Jahr 2014 die „Kampfverbände“ aus Afghanistan zurückziehen wird. Eine Trennung von „Kampf-“ und sonstigen Verbänden ist aber nicht möglich. Im Klartext heißt die Botschaft der Bundesregierung: Die Bundeswehr bleibt in Afghanistan! DIE LINKE wird weiter für einen Abzug der Truppen aus Afghanistan streiten – für einen sofortigen Abzug noch in diesem Jahr.

2. Zehn Jahre Krieg wofür? Die verheerende Bilanz des Kriegs

Als im Jahr 2001 die internationalen Truppen Afghanistan besetzten, ging es der afghanischen Bevölkerung sehr schlecht. Nicht wenige Stimmen in Afghanistan und der westlichen Welt erhofften sich, wenngleich sie dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung für den Einmarsch kritisch gegenüberstanden, dennoch eine langfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse der afghanischen Bevölkerung. Diese Hoffnung war verfehlt und ist längst verfliegen.

Zehn Jahre nach Beginn der Militärintervention ist die Lage in Afghanistan katastrophal. Die alltägliche Gewalt und die Zahl der zivilen Toten nehmen zu. Hunger, Armut und Hoffnungslosigkeit bestimmen den täglichen Überlebenskampf weiter Teile der Bevölkerung. Nächtliche Hausdurchsuchungen, gezielte Tötungen, Drohnenangriffe und die hohe Zahl ziviler Opfer schüren zunehmend den Widerstand in der Bevölkerung gegen die NATO-Truppen. Unter diesen Umständen ist die Entwicklung einer Zivilgesellschaft von unten extrem erschwert, wenn nicht unmöglich.

Täglich werden es mehr: Die Opfer des Kriegs

Die Opfer des Krieges

- Insgesamt mehr als 10.000 Menschen hat der Krieg in Afghanistan allein im Jahr 2010 das Leben gekostet *AFP*.
- Im Zeitraum von Januar bis Oktober 2010 wurden mehr als 2.400 Zivilistinnen und Zivilisten getötet – das ist eine Steigerung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum *UN-Angaben*.
- Im Zeitraum Januar bis Juli 2011 starben abermals 1.462 Zivilistinnen und Zivilisten *UN-Angaben*.
- In den Jahren 2004 bis 2009 sind 24.155 Menschen bei Kampfhandlungen gestorben und 26.667 wurden verletzt *Afghan War Diary*.
- Bis August 2011 wurden in Afghanistan bereits über 2.600 Bündnissoldaten getötet, darunter 53 deutsche Soldaten und 3 deutsche Polizisten *<http://icasualties.org/oef>, Stand: 23. 8. 2011*.
- In den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 stieg die Zahl gewalttätiger Zwischenfälle in Afghanistan gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 70 Prozent an.

In den vergangenen Jahren wurde immer deutlicher, dass es sich bei dem Krieg in Afghanistan nie um ein „Brunnenbaumandat“ ohne gewichtige Kampfhandlungen gehandelt hatte. Die tatsächlichen Opferzahlen wurden der deutschen Öffentlich-

keit jedoch meist vorenthalten. Umso erschreckender ist die Erkenntnis, dass in den letzten Jahren des Kriegs immer mehr Menschen ums Leben gekommen sind. Mit anderen Worten: Der Krieg in Afghanistan ist nicht vorbei. Im Gegenteil: Die westlichen Alliierten wollen noch vor einem Teilabzug militärische Erfolge verzeichnen, die NATO will keine Niederlage eingestehen. Deswegen wird härter gekämpft als je zuvor. Und es sterben mehr Menschen als je zuvor.

Krieg gegen die Bevölkerung: Das Bombardement von Kundus

Am 4. September 2009 gab der deutsche Oberst Klein den Befehl für einen Luftangriff auf zwei Tanklaster in der Nähe der afghanischen Stadt Kundus. Nach UN-Angaben wurden dabei 142 Menschen, darunter zahlreiche Kinder, getötet. Angeblich hätten Aufständische mit dem liegen gebliebenen Lastzug einen Anschlag auf deutsche Stellungen geplant, der unbedingt verhindert werden musste. Das stellte sich später als folgenschwerer Irrtum heraus.

Deutschland hat sich bisher weder bei den Angehörigen der Opfer der Bombardierung noch bei anderen zivilen Opfern der Bundeswehreinsätze entschuldigt. Als die Bundestagsfraktion der LINKEN in der Plenarsitzung des Bundestags vom 26.02.2010 zur Verlängerung des Afghanistanmandats an die Opfer erinnerte, die der Bundestag so schnell vergessen wollte, und sich mit Spruchbändern, die die Namen der Opfer zeigten, von den Sitzplätzen erhob, wurde sie von Bundestagspräsident Norbert Lammert des Saals verwiesen.

Habibe Erfan, die als Erste durch die Dörfer um Kundus zog, um Listen mit den Namen der Opfer anzulegen, war im Jahr 2010 als Gast der Fraktion DIE LINKE in Deutschland. In ihrem Kampf für Gerechtigkeit für die Opfer und deren Familien sah sie sich mit Einschüchterungsversuchen bis hin zu persönlichen Drohungen konfrontiert. Im Jahr 2011 musste sie in Deutschland einen Asylantrag stellen.

Der vom Verteidigungsausschuss eingesetzte Kundus-Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit beendet. Eine juristische Klärung des Luftangriffs bleibt weiterhin aus. Kanzlerin Angela Merkel sprach von „lückenloser Aufklärung“, doch die Bundesregierung versuchte immer wieder, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, und weigert sich zudem, entsprechende Entschädigungen an die Opfer und die Hinterbliebenen zu zahlen. Die Familien der Opfer planen nun, mit Hilfe ihres Anwalts Karim Popal die Bundesregierung auf Schadensersatz zu verklagen. Ihre Forderung nach 33.000 Dollar pro Opfer erscheint niedrig vor dem Hintergrund des Leids, welches ihnen zugefügt wurde. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Klage der Opferhinterbliebenen als eine der letzten Möglichkeiten, Licht in die Angelegenheit zu bringen und eine Entschädigung zu bekommen.

Demonstranten von der Bundeswehr in Talokan erschossen

Im März 2011 eskalierte die Lage in Talokan, als dort Menschen gegen Nachtangriffe der NATO demonstrierten. Dies war eine der ersten und größten Demonstrationen, bei der Afghaninnen und Afghanen öffentlich gegen die Besatzer protestierten. In der Nacht zuvor waren vier Zivilisten bei solchen Angriffen ums Leben gekommen. Bei der darauffolgenden Demonstration wurden zwölf Menschen erschossen und mehr als 80 durch Schüsse deutscher Soldatinnen und Soldaten, afghanischer Wachleute und Polizistinnen und Polizisten verletzt. Dieser Zwischenfall zeigte deutlich, wie tief die Bundeswehr bereits in diesen Bürgerkrieg verstrickt ist. Sie ist offensive Akteurin. Die Bundeswehr behauptete im Zuge der Aufklärung, die Demonstranten seien mit Handgranaten und Molotowcocktails bewaffnet gewesen, andere Quellen berichten, es habe sich um Steine gehandelt. Die Bundeswehr räumte später ein, mindestens drei Demonstranten erschossen zu haben.

Unbezahlbar aber wahr: Die Kosten des Kriegs

Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung hat der Krieg in Afghanistan die Bevölkerung Deutschlands bisher 6,2 Milliarden Euro gekostet. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung *DIW* hat die Kosten für die Hinterbliebenenversorgung, die Behandlung kranker und traumatisierter Soldatinnen und Soldaten, die Abnutzung und Anschaffung von militärischem Material mit eingerechnet und schätzt dementsprechend, dass die Kosten bis zum Jahr 2011 zwischen 18 und 33 Milliarden Euro liegen. Mit jedem weiteren Kriegsjahr erhöht sich diese Zahl um etwa 2,5 bis 3 Milliarden Euro, so das *DIW*.

Nach Angaben der Afghanistan Study Group <http://www.afghanistanstudy-group.org> betragen die Ausgaben der USA für den Afghanistankrieg 100 Milliarden Dollar pro Jahr. Für den gesamten „Krieg gegen den Terror“ haben die USA nach Rupert Cornwell in der *Washington Post* 4 Billionen Dollar ausgegeben.

Korruption beherrscht das Land

Entwicklungsorganisationen kritisieren die fehlende Einbindung der Zivilgesellschaft in vorhandene Projekte und dass ein großer Anteil der Mittel nicht bei der afghanischen Bevölkerung ankommt, weil sie in die Taschen von korrupten Politikern, privaten (afghanischen und ausländischen) Sicherheitsunternehmen und Warlords fließen. Wie in einer Studie der International Crisis Group berichtet wird, haben die Milliarden Dollar, welche insgesamt aus dem Westen nach Afghanistan geflossen sind, die Verbindungen zwischen korrupten Mitgliedern der afghanischen Regierung, lokalen Befehlshabern, Warlords und Aufständischen noch verfestigt. Afghanistan belegt den vorletzten Platz auf dem Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International, der Länder nach dem Grad auflistet, in dem dort Korruption bei Amtsträgern und Politikern wahrgenommen wird.

Die Spitze des Eisbergs wurde Anfang 2011 mit dem Skandal um die Kabul Bank sichtbar. Im Management und unter den Eigentümern befinden sich diverse Mitglieder der Regierung Karzai. Die Bank hat dubiose Geschäfte gemacht, bei denen rund 560 Millionen Dollar an diesen Personenkreis „verliehen“ wurden, darunter auch an den Halbbruder des Präsidenten, Mahmud Karzai. Diese Gelder landeten in Luxusinvestitionen im Ausland. So wurde Geld in eine künstliche Insel mit Luxushotels vor Dubai investiert. Als einige dieser Spekulationen platzten, musste die Afghanische Zentralbank einspringen – mit Geldern der internationalen Gemeinschaft. Die privaten Profiteure um Karzai wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2009 hatten Vertreter dieser Bank 200.000 Dollar für Karzais Kampagne gespendet.

Ein anderer Verwandter des Präsidenten galt bis zu seiner Ermordung durch Aufständische im Frühjahr 2011 als der „Pate von Kandahar“. Er kontrollierte, unter dem Schutz der Zentralregierung, einen Großteil der Geschäfte der Region – legal wie illegal. Ein weiterer Verwandter Karzais ist für die Bekämpfung des Drogenhandels zuständig. Bei einer Razzia von Soldaten der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) fand man tonnenweise Opium in einem seiner privaten Lagerhäuser.

Im Juni 2010 ergab eine Untersuchung des US-Kongresses, dass die rund 2,16 Milliarden Dollar für Sicherheitsabkommen mit privaten Sicherheitsfirmen zur Korruption in Afghanistan beitragen. Die privaten Firmen, die den Nachschub für die NATO-Truppen von Pakistan in die Einsatzgebiete absichern sollen, verwenden Teile des Gelds für Schutzgeldzahlungen. Auf diese Weise, so die Studie, gelangten bis zu zwei Millionen Dollar pro Woche an die Aufständischen, die damit ihre Waffen finanzierten. Die Sicherheitsfirmen lebten in einem „symbiotischen Verhältnis“ mit den Aufständischen. Viele der Gefechte seien eigentlich mehr Verhandlungen über die Verteilung der NATO-Gelder.

Keine Lösung in Sicht: Der fehlgeschlagene Staatsaufbau

Die Bilanz von zehn Jahren sogenannten Staatsaufbaus, die soziale und wirtschaftliche Lage des Lands belegen, dass es unter den Bedingungen des Kriegs keinen erfolgreichen Aufbau geben kann. Im Dezember 2010 hat die Bundesregierung mit dem „Fortschrittsbericht Afghanistan“ eine längst überfällige Bilanz vorgelegt. Im Juli 2011 folgte eine Ergänzung. Beide Berichte dokumentieren gravierende Defizite bei der Regierungsführung, anhaltend große Armut, sowie mangelnde Fortschritte beim Ausstieg aus der Drogenwirtschaft.

In den ländlichen Regionen liegt die Macht zumeist in den Händen von Stammesfürsten. Die vielen Unregelmäßigkeiten bei der Parlamentswahl vom 18. September 2010 – nach Angaben der Bundesregierung wurden allein 5.100 formelle Beschwer-

den eingelegt und in 634 Fällen wurde gesetzeswidriger Wahlkampf geführt – haben gezeigt, dass sich die Wahlen als demokratisches Instrument noch nicht durchsetzen konnten.

Eine starke Zivilgesellschaft konnte sich kaum entwickeln, da sie zwischen Aufständischen, militärischer Besatzung und einer aus dem Ausland gesteuerten schwachen Regierung zerrieben wird.

Sicherheit für die Gesellschaft konnte nicht hergestellt werden

Als Voraussetzung für den Abzug wird der Aufbau eines umfassenden Sicherheitsapparats genannt, welcher formal der afghanischen Regierung unterstehen soll, aber auf Jahrzehnte nur mit internationaler Hilfe finanziert werden kann. Der Aufbau afghanischer Militär- und Polizeikräfte hat bislang jedoch nicht zur Stabilisierung beigetragen. Polizei und Streitkräfte Afghanistans werden von der Bevölkerung häufig als Bedrohung wahrgenommen. Hinzu kommt, dass die militärische Zuspitzung des Konflikts seit dem Frühjahr 2010 die Lage der Bevölkerung verschlechtert sowie Bemühungen um den Wiederaufbau konterkariert hat. Afghanische Polizeieinheiten wurden zudem in manchen Regionen von der NATO zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt und sind somit Teil des Problems. In der von 29 Hilfsorganisationen herausgegebenen Studie „Nowhere to Turn. The Failure to Protect Civilians in Afghanistan“ über den gescheiterten Schutz von Zivilisten werden die großen Risiken einer eilig betriebenen Ausbildung mit dem Ziel der „Übergabe der Verantwortung“ beschrieben: Zahlreiche Polizisten desertieren, weil sie im Dienste von Warlords und Drogenbaronen mehr Geld verdienen. Es werden massenhaft Menschen bewaffnet, wobei eine Kontrolle darüber, was durch diese Bewaffnung passiert, unmöglich ist. Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verweisen auf das große Missbrauchsrisiko, das insbesondere durch die schnelle, unsolide Ausbildung der Rekruten von Polizei und Militär entsteht. Sie sehen in dieser Ausbildung eher eine Verunsicherung als eine Sicherung.

Soziale Lage: Fast nirgendwo geht es den Menschen schlechter als in Afghanistan

Zwar belegt Afghanistan beim Human Development Index nicht mehr wie lange Zeit den letzten, sondern inzwischen nur noch den 155. Platz von 169 erfassten Staaten der Welt (HDI 2010). Im Bezug auf die Gesundheitsversorgung bleibt es jedoch weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Und die Zahlen bleiben alarmierend: Nach einer Umfrage von ARD, ABC, BBX und der Washington Post vom Dezember 2010 stellen rund zwei Drittel der Afghaninnen und Afghanen den amerikanischen und NATO-Truppen hinsichtlich der sozialen Situation im Land ein schlechtes Zeugnis aus. Seit dem Jahr 2005 konstatieren die Befragten sogar eine Abnahme ihrer Lebensqualität, eine hohe Gefährdung durch mangelnde Sicherheit sowie eine sich verschlechternde Versorgung mit Lebensmitteln. Nur 19 Prozent

der Befragten erklärten, dass sie über einen guten Zugang zu Wasser verfügten. In welchen sozialen Bereich man auch schaut, der Bevölkerung in Afghanistan geht es schlecht:

Auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen in Afghanistan zwei Ärzte und 4,2 Krankenhausbetten. Die ländliche Bevölkerung hat nur zu etwa 66 Prozent Zugang zu medizinischer Versorgung. Achtzig Prozent der Ärzte arbeiten in Kabul. In der Hauptstadt sind auch 60 Prozent der Krankenhausbetten und 40 Prozent der Apotheken. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt immer noch bei 43 Jahren. Die Hälfte der Männer und 90 Prozent der Frauen sind Analphabeten und Analphabetinnen, Kinder und Jugendliche besuchen im Durchschnitt nur 3,3 Jahre lang eine Schule.

Der finanzielle und personelle Aufwand für die Hilfe in Afghanistan steht immer noch in keinem Verhältnis zur katastrophalen sozialen Situation, in der sich die afghanische Bevölkerung befindet. Die International Crisis Group stellt in einem Bericht aus diesem Jahr fest, dass auch im Jahr 2014 der afghanische Staat nicht in der Lage sein wird, die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Als Kernproblem wird immer wieder die Verschränkung von militärischen und zivilen Maßnahmen genannt.

Der Krieg erschwert das Leben von Frauen in Afghanistan

Zur Legitimierung des US-amerikanischen Militäreinsatzes „Operation Enduring Freedom“ (OEF) und der unter NATO-Kommando stehenden International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan wurde unter anderem die Verbesserung der Lage der Frauen in Afghanistan herangezogen. Mit der Agenda „ziviler Wiederaufbau“ und „Frauenrechte“ hoffte auch die Bundesregierung, der kritischen Öffentlichkeit die deutsche Beteiligung am Militäreinsatz in Afghanistan schmackhaft zu machen. Seitdem war viel von Fortschritten in den Bereichen Bildung und Frauenrechte die Rede. Zehn Jahre nach Beginn des Kriegs geht es den Frauen in Afghanistan jedoch nicht bedeutend besser. Denn der von den USA angeführte „Krieg gegen den Terror“ hat zwar das Taliban-Regime im Oktober 2001 beendet, die US-Regierung und Präsident Karzai stützen sich aber hauptsächlich auf die kriminellen Führer der Nordallianz, die oft brutal ihre Macht sichern und ebenfalls frauenverachtende Politik betreiben. Es entwickelt sich wieder ein durch und durch frauenfeindliches, patriarchales System. Obwohl bei den Wahlen für das afghanische Parlament die vorgeschriebene Mindestanzahl von 68 weiblichen Abgeordneten wieder erreicht wurde, kommt es nicht annähernd zu einer geschlechtergerechten Politik.

Die überall herrschende Gewalt schlägt sich, wie so oft in Kriegs- und Krisengebieten, direkt in häuslicher Gewalt nieder: 87 Prozent aller Frauen werden „regelmäßig geschlagen“, berichtet der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für

Frauen (UNIFEM). Erschwerend kommt hinzu, dass 80 Prozent aller Ehen unter Zwang geschlossen werden, die Hälfte der Ehefrauen ist bei der Heirat unter 16 Jahre alt. Die Zahl gewalttätiger Angriffe auf Schülerinnen und der Selbstverbrennungen von Frauen ist hoch. Afghanistan hat eine der höchsten Mutter-Kind-Sterblichkeitsraten der Welt. Nur bei 19 Prozent der Geburten steht medizinisches Fachpersonal zur Verfügung. Jährlich sterben etwa 24.000 Frauen vor, während oder direkt nach einer Entbindung. Fast ein Viertel der Kinder stirbt vor dem fünften Lebensjahr. Die Kindersterblichkeit ist damit 50-mal so hoch wie in Deutschland. Frauen haben schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung als Männer, und noch immer gehen Mädchen selten länger als bis zur vierten Klasse zur Schule.

Das schiitische Ehegesetz

Im März 2009 unterzeichnete Präsident Karzai ein neues Ehegesetz, in dem das verfassungsgemäße Recht der Schiiten auf ein eigenes Ehegesetz umgesetzt wurde. Dieses neue Gesetz erteilte der Vergewaltigung in der Ehe einen Freibrief und ermöglichte es den Männern, darüber zu bestimmen, wann und ob ihre Ehefrauen das Haus verlassen dürfen. Einige Beobachter hielten das Gesetz für einen Versuch Karzais, die Stimmen der schiitischen Hasara bei der bevorstehenden Parlamentswahl zu gewinnen.

Nach einer Frauendemonstration in Kabul sowie Protesten der afghanischen Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft wurde eine überarbeitete Fassung des Gesetzes angekündigt. In dem überarbeiteten Gesetzestext, der im Juli 2009 von Karzai unterzeichnet wurde, waren umstrittene Passagen entschärft, obgleich viele Menschen- und Frauenrechtsorganisationen weiterhin scharfe Kritik an dem Gesetz üben. So wurde beispielsweise das Mindestalter für eine Eheschließung auf 16 Jahre angehoben – zuvor waren es neun Jahre – und die Passage zur „Beischlafpflicht“ wurde umformuliert in eine weit interpretierbare Verpflichtung der Frau, „Hausarbeiten“ zu verrichten. Zugleich wurde dem Ehemann das Recht eingeräumt, der Ehefrau Nahrung zu entziehen, wenn diese sexuelle Dienste verweigert.

Zu diesen haarsträubenden Menschenrechtsverletzungen per Gesetz kommt noch der Umstand, dass die Realität in Afghanistan weit von den Gesetzen entfernt ist. So schreibt die Frauenrechtsorganisation medica mondiale in ihrem Jahresbericht 2009, dass „mehr als die Hälfte der [afghanischen] Frauen bei der Eheschließung jünger als 16 Jahre [ist]“. Auch das Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, welches Karzai kurz nach dem schockierenden schiitischen Ehegesetz unterzeichnete, wird laut Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNAMA Human Rights) nicht angewandt.

Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsarbeit

Im Jahr 2010 wurde Afghanistan im Menschenhandelsbericht des Außenministeriums der USA von Rang 2 auf die „Beobachtungsliste“ (ebenfalls Rang 2) herabgestuft. Die Platzierung des Landes auf der Beobachtungsliste zeigt, dass sich die Situation beim Menschenhandel in Afghanistan seit dem Jahr 2009 signifikant verschlechtert hat. Afghanistan zählt zu den Ländern, die wie Angola oder Weißrussland eine außerordentlich hohe Zahl an Fällen von Menschenhandel aufweisen, deren Regierungen aber nur unzureichende Bemühungen erkennen lassen, diesen zu bekämpfen.

Opfer des Menschenhandels in Afghanistan sind hauptsächlich Kinder: Sie werden als Arbeitssklaven in Teppichfabriken oder in Privathaushalten eingesetzt, von professionellen Banden als Bettler oder Straßenverkäufer nach Saudi-Arabien oder als Drogenkurier nach Indien oder Pakistan verschleppt. Sowohl Jungen als auch Mädchen werden in Afghanistan zur Prostitution gezwungen. Einige afghanische Frauen und Mädchen werden aufgrund von Familienschulden oder -streitigkeiten zwangsverheiratet und anschließend von ihren Ehemännern zur Prostitution gezwungen. Andere Familien verkaufen ihre Kinder als Bacha Bazi, als „Spielknaben“, die in Frauenkleidern wohlhabenden Afghanen zur gesellschaftlichen und sexuellen Unterhaltung dienen müssen. Auch die afghanischen Sicherheitskräfte in Kundus haben sich, mit finanzieller Unterstützung der amerikanischen Sicherheitsfirma DynCorp, an sexuellen Handlungen mit Bacha Bazi beteiligt. Die UN-Sondergesandte für Kinder in bewaffneten Konflikten, Radhika Coomaraswamy, hat daher die afghanische Polizei – gemeinsam mit al-Qaida – auf eine schwarze Liste gesetzt.

Andererseits werden Frauen aus anderen Ländern zur Prostitution nach Afghanistan verschleppt, angeblich in Nachtclubs, die vor allem von Mitgliedern internationaler NGOs regelmäßig besucht werden.

Flucht aus Afghanistan

Im Jahr 2010 befanden sich 3.054.700 Afghaninnen und Afghanen (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, UNHCR, 2011) auf der Flucht in anderen Ländern. Damit kamen weltweit ein Drittel aller Flüchtlinge aus Afghanistan. In Deutschland stellten im Jahr 2010 5.905 Afghaninnen und Afghanen einen Asylantrag (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF, 2011). Diese extrem hohe Anzahl Flüchtlinge zeigt, wie schlecht die Lage in Afghanistan zehn Jahre nach Kriegsbeginn ist und dass sich, entgegen aller Annahmen, die Lebensbedingungen der Menschen nicht verbessert, sondern verschlechtert haben und deswegen mehr Menschen denn je das kriegsgeschüttelte Land verlassen.

3. Deutschland im Krieg: Wie sich unser Land verändert hat

Unsere Freiheit wurde am Hindukusch preisgegeben

Die Beteiligung am Krieg in Afghanistan hat tiefe Spuren in der deutschen Gesellschaft und im deutschen Staat hinterlassen. Anstatt den weltweiten Terrorismus einzudämmen, hat der Antiterrorkrieg in den Jahren nach dem 11. September 2001 zu mehr Terror weltweit geführt und damit Vorwände zu immer mehr Demokratieabbau, Freiheitsverlust und Überwachung in Deutschland geliefert.

Die Bundesregierung fährt damit fort, den internationalen Terrorismus zu instrumentalisieren, um Bürger- und Menschenrechte zugunsten der „Bekämpfung des Terrorismus“ einzuschränken und das Grundgesetz auszuhöhlen. Die dort verankerte Trennung von Polizei, Nachrichtendiensten und Militär wird aufgeweicht und die Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten „militärisch gerechtfertigt“ oder im Fall Kundus inoffiziell als „Kollateralschäden“ angesehen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde in Deutschland das sogenannte Terrorismusbekämpfungsgesetz beschlossen. Dieses Gesetzespaket räumt Behörden weitreichende Befugnisse bei der Überwachung von Telefon, Internet und Post ein, beim Ausspähen von Reisedaten und Kontobewegungen sowie beim Abhören von Wohnungen. Zudem wurden biometrische Personalausweise und Pässe eingeführt und die Ausländer- sowie Asylgesetze verschärft.

Bis zum Jahr 2009 hat die Bundesregierung laut dem „Graubuch Innere Sicherheit“ über 70 Bundesgesetze zur Terrorbekämpfung erlassen oder geändert – und ist dabei, wie übrigens auch die UNO, eine Definition des Begriffs „Terrorismus“ schuldig geblieben. Unter anderem wurde im Jahr 2007 ein Gesetz beschlossen, das die Vorratsdatenspeicherung zuließ, die Regelung wurde jedoch im Jahr 2010 vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Mittlerweile wurde von der Regierung ein neuer Entwurf vorgelegt, der die Anbieter von Telefondiensten verpflichtet, Verbindungsdaten „nur“ nach einem konkreten Anfangsverdacht zu speichern und Behörden der Strafverfolgung zur Verfügung zu stellen.

All dies stellt jeden Bürger und jede Bürgerin unter Generalverdacht und schafft ein Klima der Verdächtigung und der Angst in Deutschland.

Der heutige Überwachungswahn ist aber keinesfalls allein vor dem Hintergrund der Terroranschläge des 11. September zu verstehen. Der Schrecken der Kriege im Irak und in Afghanistan, durch die Bilder von Abu Ghraib der Welt vor Augen geführt, produzierten immer mehr Hass und Terror. Und so wurden die zunächst für einen begrenzten Zeitraum erlassenen Antiterrormaßnahmen im August 2011 nun zum zweiten Mal

für fünf Jahre verlängert. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag setzt sich dafür ein, diese Spirale aus Krieg, Terror, Überwachung und Demokratieabbau zu durchbrechen. Denn am Hindukusch wird unsere Freiheit nicht verteidigt, sondern abgeschafft. Wer Terrorismus mit militärischen Mitteln bekämpft, erzeugt nur neue Terroristen. Darauf hat DIE LINKE immer wieder hingewiesen. Deshalb ist nur ein echter Abzug aus Afghanistan das Mittel, um den Terrorismus von der Wurzel her zu bekämpfen.

Traumatisierte Menschen – die unsichtbaren Opfer

Die steigende Anzahl von Soldatinnen und Soldaten im Afghanistaneinsatz und die extrem schlechte Sicherheitslage dort führen dazu, dass immer mehr Soldatinnen und Soldaten schreckliche Kriegserfahrungen machen und traumatisiert zurückkehren. Allein im Jahr 2010 wurden 729 Fälle von posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS) in der Bundeswehr bekannt. Doch PTBS ist ein umfassendes Phänomen: Leidtragende sind, neben den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, auch die afghanische Bevölkerung sowie Flüchtlinge und das zivile Personal der Bundeswehr. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ziviler Friedens- und Aufbauorganisationen leiden nach ihrer Rückkehr unter posttraumatischen Belastungsstörungen. Die Familien der Betroffenen zu Hause bleiben ebenso wenig verschont: Die Betroffenen leiden unter Schlafstörungen, Depressionen, Reizbarkeit und Aggressivität. Die Folge sind zerbrochene Partnerschaften, zerstörte Familien, steigender Alkohol- und Drogenmissbrauch oder gar Suizidversuche.

Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS)

Der erhebliche Anstieg der PTBS-Fälle ist eine Folge von Auslandseinsätzen. Jüngste Zahlen belegen, dass statistisch jeder fünfte der bisher während oder nach einem Auslandseinsatz verstorbenen Bundeswehrsoldaten Selbstmord begangen hat (Welt 2011). Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, die Rechtslage für alle Betroffenen endlich zu verbessern sowie Betreuungs- und Beratungsangebote auszubauen. Der beste Schutz der Soldatinnen und Soldaten vor PTBS und anderen einsatzbedingten psychischen Erkrankungen kann jedoch nur der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und anderen Konfliktgebieten sein.

Von den 936 Anträgen auf Anerkennung von Wehrdienstbeschädigungen (WDB) aufgrund von PTBS, welche im Zeitraum von 1995 bis 2010 gestellt wurden, sind gerade einmal 267 positiv beschieden worden. Mehr als die Hälfte der Anträge wurde abgelehnt, weil die betroffenen Soldatinnen und Soldaten nicht nachweisen konnten, dass ihre Erkrankung eine Folge des Auslandseinsatzes ist. Zudem kann sich die Bearbeitungszeit der Anträge über Jahre hinziehen. Häufig treten die Symptome erst Jahre nach dem auslösenden Ereignis auf. Das alles führt dazu, dass viele Soldatinnen und Soldaten nur unzureichend Entschädigung für das Erlittene erhalten. Die zivilen Kräfte in den Einsatzgebieten, bei denen nach ihrer Rückkehr PTBS diagnostiziert wird, bleiben nach dem Auslandseinsatz mehr oder minder sich selbst überlassen.

Die ständige Ausweitung des Bundeswehreinsatzes

Während die deutsche Regierung immer wieder die Notwendigkeit der deutschen Beteiligung am Krieg betont, lehnt die Bevölkerung den Bundeswehreinsatz weiterhin mit großer Mehrheit ab. Da dieses Missverhältnis auf Dauer nicht mit einer Demokratie vereinbar ist, wird der kriegsmüden Öffentlichkeit ein Abzug der deutschen Kampftruppen in Aussicht gestellt. Bei genauer Betrachtung entpuppt sich der versprochene Abzug jedoch als Augenwischerei. Denn auch über das Jahr 2014 hinaus werden deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan bleiben, vor allem zur Aus- und Fortbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Vor dem Hintergrund amerikanischer Geheimabkommen mit der afghanischen Regierung, die darauf hindeuten, dass ein Abzug gar erst im Jahr 2024 erfolgen soll (Reuters 2011), ist davon auszugehen, dass auch das deutsche ISAF-Kontingent so lange bleiben wird. Schwer vorstellbar ist, dass es in diesem Rahmen nicht auch zu militärischen Auseinandersetzungen kommen wird. Schließlich werden nur die Kampftruppen abgezogen, nicht aber die sogenannten Kampfunterstützungstruppen. Offiziell heißt es, dass der Auftrag, nicht die Fähigkeit der jeweiligen Streitkräfte ausschlaggebend ist. Das heißt mit anderen Worten, dass über das Jahr 2014 hinaus auch Artillerie und schwere Infanterie im Land verbleiben.

ISAF und OEF: Eine gefährliche Mischung

In den vergangenen zehn Jahren stieg die Zahl der ausländischen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan ständig. Inzwischen sind über 130.000 ausländische Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan, Deutschland stellt im Rahmen der ISAF heute über 5.000 Soldatinnen und Soldaten – so viele wie nie zuvor.

Der Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets bedarf eines Mandats, das heißt der Zustimmung des Bundestags. Ohne Mehrheit im Parlament wäre ein Einsatz in Afghanistan nicht möglich. Der Bundestag hat seit dem Jahr 2001 einer kontinuierlichen Erhöhung der deutschen ISAF-Beteiligung immer wieder zugestimmt.

Die Übernahme des Kommandos über die International Security Assistance Force (ISAF) durch die NATO im Jahr 2003 war der Auftakt für die Intensivierung der Militäroperationen und ihre Ausweitung auf ganz Afghanistan. Über die Jahre wurde die Zusammenarbeit mit der parallel von den USA angeführten „Operation Enduring Freedom“ (OEF) ausgebaut. Die OEF stand und steht für das völkerrechtlich nicht legitimierte militärische Vorgehen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten im Rahmen des weltweiten „Kriegs gegen den Terror“. Das eigenmächtige Vorgehen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten wurde zu keinem Zeitpunkt vom UN-Sicherheitsrat gestützt, die Berufung der US-Regierung auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta war und ist nicht legitim.

Entwicklung der ISAF-Mandatsobergrenze

22.12.01	- 14.06.02	= 1.200
14.06.02	- 20.12.02	= 1.400
20.12.02	- 24.10.03	= 2.500
24.10.03	- 28.09.05	= 2.250
28.09.05	- 09.03.07	= 3.000
09.03.07	- 16.10.08	= 3.500
16.10.08	- 02.07.09	= 4.500
02.07.09	- 26.02.10	= 4.800
26.02.10	- 25.03.11	= 5.350
25.03.11	- ????	= 5.650

NATO-Truppenstärke

(Monat/Jahr) = Truppenstärke

08/03	= 5.581
08/04	= 8.465
07/05	= 9.685
09/06	= 19.597
11/06	= 31.267
07/07	= 33.000
12/07	= 41.741
06/08	= 52.900
01/09	= 55.100
07/09	= 64.500
12/09	= 84.150
06/10	= 119.500
10/10	= 130.432
01/11	= 131.982
09/11	= 130.670

Neben den inzwischen etwa 130.000 Soldatinnen und Soldaten in den NATO-Truppen sind immer noch etwa 20.000 OEF-Einheiten in Afghanistan stationiert. Luftangriffe, gezielte Tötungen, illegale Verschleppungen mutmaßlicher Terroristen und eigene Gefängnisse zeichneten und zeichnen das Vorgehen bei der OEF aus. Auch Deutschland beteiligte sich auf Initiative der damaligen rot-grünen Bundesregierung in den Jahren 2001 bis 2008 an der völkerrechtswidrigen „Operation Enduring Freedom“, unter anderem mit dem Einsatz von 100 Spezialkräften in Afghanistan.

Obwohl beide Militäroperationen formal nach wie vor getrennt sind, kann man heute kaum mehr zwischen ihren Aktivitäten unterscheiden. Der stellvertretende Kommandeur der US-amerikanischen OEF-Einheiten in Afghanistan ist gleichzeitig ISAF-Joint Commander, er koordiniert also de facto das tägliche militärische Vorgehen beider Einsätze in Afghanistan. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass von der ISAF gesammelte Informationen von OEF-Einheiten benutzt werden, oder dass ISAF-Truppen die OEF dadurch unterstützen, dass sie zum Beispiel die Straßen in dem Operationsgebiet sperren oder den Luftraum freigehalten.

Die Vermischung von ISAF und OEF ist zum einen problematisch für die völkerrechtliche Legitimation der ISAF, da sie immer noch an UN-Mandat und Einsatzrichtlinien gebunden ist. Zum anderen ist die Zusammenlegung auch ein gefährliches Anzeichen für einen immer willkürlicheren Umgang mit dem Völkerrecht, das immer mehr zu einem „Selbstbedienungsladen“ wird und somit einer beständigen Militarisierung und Herabsetzung der Schwelle zum Kriegseintritt und dessen Fortsetzung nichts mehr entgegenzusetzen hat.



Ein Bundeswehrsoldat steht Wache in der Nähe des Bundeswehrlagers in Kundus.



Auch das gehört zum Alltag: Kinder spielen Fußball in der Nähe des deutschen Bundeswehrlagers in Kundus.



Ein afghanischer Wachmann bewacht einen Standort deutscher Entwicklungshilfeorganisationen.



Eine Afghanin betrauert den Tod ihrer drei Enkelkinder beim Nato-Luftangriff auf einen Tanklastzug nahe Kundus.



26. Februar 2010: Mitglieder der Fraktion DIE LINKE halten Schilder mit Namen der Opfer des Bombenangriffs der Nato am 4. September 2009 nahe Kundus hoch.



Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der afghanischen Demokratiebewegung und der deutschen Friedensbewegung nahmen im Januar 2011 an der Konferenz „Das andere Afghanistan“ teil – auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.



Auf der Konferenz fand ein reger Austausch zwischen afghanischen Gästen und deutschen Exilafghaninnen und -afghanen statt. Unter anderem sprach „die mutigste Frau Afghanistans“ (BBC) Malalai Joya.



Said Mahmoud Pahiz ist Sprecher der afghanischen Solidaritätspartei und nahm ebenfalls an der Konferenz der Linksfraktion teil.

Tornados, AWACS, Pakistan und die Ausweitung des Kriegs

Von 2007 bis 2010 sammelten deutsche Aufklärungstornados Material, das der Planung und Durchführung offensiver militärischer Operationen diene. Allein der Einsatz der Tornados und der 500 Leute Bodenpersonal sollten monatlich mehr als 5 Millionen Euro kosten. Ein eigenes Mandat war nötig, da der Einsatz von Tornados dem deutschen Engagement in Afghanistan eine neue Qualität verlieh. Dem Antrag stimmte der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE am 9. März 2007 zu. Eine Organklage der Fraktion DIE LINKE mit dem Ziel, den Tornadoeinsatz zu verhindern, wurde vom Bundesverfassungsgericht mit der Begründung abgewiesen, der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr sei ein Krisenreaktionseinsatz, der der Sicherheit des euro-atlantischen Raumes diene.

Im Jahr 2009 sollte die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg erneut ausgeweitet werden: Der Deutsche Bundestag beschloss gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE die Entsendung von AWACS-Flugzeugen nach Afghanistan. Die AWACS-Flugzeuge überwachen einerseits per Radar den militärischen und zivilen Luftverkehr, andererseits wird von den AWACS-Besatzungen auch die Luftunterstützung für die Bodentruppen in Afghanistan koordiniert. Der AWACS-Einsatz kam im Jahr 2009 aufgrund diplomatischer Verwerfungen zunächst nicht zustande.

Die für das Jahr 2009 geplante AWACS-Entsendung wurde schließlich im März 2011 nachgeholt. Unter dem Vorwand, die NATO im Zuge des beginnenden Libyenkriegs zu entlasten, wurde im Frühjahr 2011 die Entsendung von 300 Soldatinnen und Soldaten für den AWACS-Einsatz der Bundeswehr nach Afghanistan beschlossen. Mit 300 Soldatinnen und Soldaten stellt Deutschland nun den größten Teil des AWACS-Personals für die Koordination von Luftschlägen und die Überwachung des afghanischen Luftraums. Aufgrund der Zusammenlegung der ISAF- und OEF-Mandate ist nicht auszuschließen, dass die von deutschen AWACS-Besatzungen gewonnenen Informationen auch für den amerikanischen Antiterrorkrieg genutzt werden, beispielsweise zur Luftraumüberwachung im Rahmen tödlicher Drohnenangriffe. Denn unter Präsident Barack Obama weiteten die Vereinigten Staaten den Antiterrorkrieg seit 2008 auf das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet aus. In den Jahren 2008 bis 2011 kostete der sogenannte Drohnenkrieg laut Schätzungen allein in Pakistan 1.500 bis 2.500 Menschen das Leben. Neun von zehn Getöteten waren unbeteiligte Zivilistinnen und Zivilisten.

Unterstützung leistet die Bundeswehr auch bei gezielten Tötungen. Dabei werden Informationen über einzelne Personen weitergegeben, die dann getötet werden. Wie oft die Bundeswehr selbst gezielte Tötungen vornimmt, ist unklar. Ein Bundeswehrgeneral hat jedoch im Jahr 2008 geäußert, dass es hauptsächlich darum geht, Personen festzusetzen, es aber bei bestimmten Personen sein könnte, dass diese gezielt getötet würden.

Auch innerhalb Afghanistans wurde der Krieg in den vergangenen Jahren ausgeweitet. Im ehemals relativ ruhigen Norden Afghanistans – der Verantwortungsbe-
reich Nord der ISAF ist unter deutscher Führung – hat sich die Sicherheitslage
dramatisch verschlechtert. Nach dem Fortschrittsbericht der Bundesregierung hat
sich die Zahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle im Norden von weniger als
50 im Jahr 2005 auf über 700 im Jahr 2009 erhöht. Dieser Trend setzt sich bis heute
fort. Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind inzwischen vermehrt in Ausein-
dersetzungen verwickelt, und das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zu den
deutschen Soldatinnen und Soldaten ist erheblich gesunken („Fortschrittsbericht
Afghanistan“ der Bundesregierung).

Zivilmilitärische Zusammenarbeit als Teil des Kriegs

Entwicklungszusammenarbeit ist in Konflikt- und Kriegsregionen dem Neutralitäts-
gebot verpflichtet. Das erfordert ihre rein zivile Ausrichtung. Nur so kann in der
Bevölkerung Vertrauen für eine gute Zusammenarbeit geschaffen werden. Die lokale
Akzeptanz und Unterstützung vor Ort ist die bestmögliche Sicherheitsgarantie für
Entwicklungshelferinnen und -helfer und die Bevölkerung gleichermaßen. Mit der
Einführung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit im Rahmen des neuen Politikan-
satzes „Vernetzte Sicherheit“ wurde dieser zivile Entwicklungskonsens aufgekündi-
gt. Entwicklungszusammenarbeit wird nunmehr sicherheitspolitischen Interessen
unterworfen und verkommt zur „zivilen Flankierung militärischer Interventionen“,
wie es Entwicklungsminister Dirk Niebel genannt hat. So werden Projekte vor allem
in Regionen durchgeführt, wo deutsche Soldatinnen und Soldaten stationiert sind,
aber immer weniger dort, wo der Bedarf der Bevölkerung am höchsten ist. Die
zivilmilitärische Zusammenarbeit manifestierte sich vor allem in dem Aufbau von
sogenannten Regionalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams,
PRT). In diesen Einheiten sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außenministeri-
ums, des Innenministeriums und des Entwicklungsministeriums gemeinsam mit der
Bundeswehr für die Entwicklung der jeweiligen Region zuständig.

Seit dem Jahr 2002 ist die Bundesregierung mittels der Gesellschaft für Internatio-
nale Zusammenarbeit (GIZ – früher GTZ) im Rahmen der staatlichen deutschen
Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan tätig. Auch hier findet sich eine enge
Verzahnung von zivilen und militärischen Komponenten. So baut die GIZ Unter-
künfte für Polizei und Bundeswehr und steht in einem engen sicherheitspoli-
tischen Austausch mit den deutschen ISAF-Soldatinnen und -Soldaten. Dazu gehö-
ren auch Kooperationsvereinbarungen zwischen der GIZ und dem
Verteidigungsministerium (BMVg). Diese Abkommen sehen unter anderem einen
gegenseitigen Informationsaustausch über die Einsatzgebiete sowie das Manage-
ment von Liegenschaften der Bundeswehr durch die GIZ vor. Auch Nichtregie-
rungsorganisationen (NGOs) werden durch das Entwicklungsministerium gezwun-
gen, bei finanzieller staatlicher Unterstützung zum Beispiel im Rahmen der
„Sonderfazilität Afghanistan“ mit dem Militär vor Ort zusammenzuarbeiten.

Viele NGOs beklagen in diesem Zusammenhang, dass sich seit Beginn der zivilmilitärischen Zusammenarbeit das Gefahrenpotenzial für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die afghanische Bevölkerung deutlich erhöht hat. Die schon erwähnten 29 in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen fordern deswegen in ihrem gemeinsamen Aufruf, die zivilmilitärische Zusammenarbeit umgehend zu beenden. Die Situation verschlechtert sich mit jedem Jahr. Hilfsorganisationen verzeichnen einen jährlichen Anstieg von Angriffen und Drohungen durch Aufständische. Tötungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Entwicklungsorganisationen haben seit dem Jahr 2009 um 47 Prozent und Entführungen sogar um 60 Prozent zugenommen (Oxfam und andere 2011).

DIE LINKE kritisiert seit Jahren das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ und die Ausweitung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit und fordert deren sofortiges Ende, die Auflösung sämtlicher Kooperationsverträge der GIZ mit der Bundeswehr und den PRTs in Afghanistan.

4. Mit Verhandlungen zum Frieden?

Der afghanische Präsident Hamid Karzai und der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates erklärten beide, dass bereits seit geraumer Zeit zwischen den Taliban, der afghanischen Regierung und der US-Regierung verhandelt werde. Vertreter der afghanischen Regierung sprechen von „roten Linien“, die bei diesen Verhandlungen nicht übertreten werden dürften. Im September 2011 wurde bekannt, dass die US-Regierung die Eröffnung eines Büros der Taliban in Katar befürworte, um direkte Verhandlungen zu ermöglichen.

Das ist keine Annäherung an die Position der Fraktion DIE LINKE, dass Konflikte in Verhandlungen statt mit Krieg gelöst werden sollten. Es ist vielmehr das Eingeständnis der offensichtlichen Unmöglichkeit, die Aufständischen militärisch zu besiegen. Die politischen Strategen versuchen nun, Teile der Aufständischen für sich zu gewinnen. Gleichzeitig gehen die Kommandoaktionen und der Drohnenkrieg weiter, bei denen US-Militär und Geheimdienste versuchen, Taliban-Kommandeure gezielt zu ermorden.

Das Ergebnis dieser Strategie sind weiterhin zahlreiche Opfer aufseiten der Bevölkerung.

Sofortiger Abzug

DIE LINKE begrüßt Verhandlungen. Aber es ist nicht die Aufgabe der NATO, der Bundesregierung oder anderer, den Afghaninnen und Afghanen den Rahmen, den Inhalt oder gar das Ergebnis der Verhandlungen vorzuschreiben. Viel zu lange wurde das Schicksal der afghanischen Bevölkerung im Geheimen besiegelt. Insbesondere dürfen in den Verhandlungen nicht wirtschaftliche Interessen der Besatzer auf der einen und der Taliban auf der anderen Seite dominieren. Die Bodenschätze Afghanistans gehören der afghanischen Bevölkerung.

Von Aktivistinnen und Aktivisten der afghanischen Frauen- und Demokratiebewegung hören wir immer wieder, dass Gerechtigkeit die Grundvoraussetzung für Frieden ist. Sie verlangen, dass die Kriegsverbrecher auf allen Seiten – auf der Seite der Aufständischen, der früheren Taliban, der Mudschaheddin und der aktuellen Regierung – für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber solange die NATO im Land ist und weitere Verbrechen begeht und die eine Gruppe von Verbrechern gegen die andere unterstützt, ist das nicht möglich.

Auch deswegen steht die Frage, ob und wann die NATO abzieht, für uns nicht zur Disposition. Die Besatzung muss beendet werden, bedingungslos und sofort, um Verhandlungen zu ermöglichen, in der die Menschen Afghanistans das Sagen haben – und nicht vom Westen handverlesene Vertreter der einen oder anderen Seite.

DIE LINKE lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. Afghanistan braucht die politische Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und deren Anstrengungen für einen zivilen Aufbau. Das Militär brauchen die Afghaninnen und Afghanen nicht. Die Bundesregierung muss eine drastische Wende in ihrer Afghanistanpolitik einleiten. Das bedeutet, dass sie das Völkerrecht und das Grundgesetz wieder achtet, keine weiteren Mandatsverlängerungen für die Bundeswehr vornimmt und sich ausdrücklich für einen rein zivilen Aufbau Afghanistans einsetzt.

5. Der einzige Weg: Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft

Ob auf dem Tahrirplatz in Kairo, der Puerta del Sol in Madrid oder dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv – eine Welle neuer Protestbewegungen erfasst die Menschen vielerorts und lässt auf einen demokratischen Aufbruch hoffen. So unterschiedlich die Motivation der jeweils Protestierenden sein mag, eines ist ihnen jedoch gemeinsam: Der Unmut eines tunesischen Obstverkäufers, eines arbeitslosen Spaniers oder einer wohnungslosen Israelin richtet sich gegen die Auswirkungen neoliberaler Politik und mit ihren friedlichen Protesten verleihen sie der Unzufriedenheit Tausender eine Stimme. Der Ruf nach Gerechtigkeit, Beteiligung und Demokratie wird unüberhörbar und es keimt die Hoffnung auf, dass die Stimmen einer Mehrheit der Bevölkerung einen Politikwechsel einleiten, der die Interessen und das Wohl dieser Mehrheit in den Mittelpunkt stellt.

Das gilt gerade auch für Afghanistan, denn auch dort gibt es eine zivilgesellschaftliche Bewegung, deren Stimme Gehör verschafft werden muss: Am 1. August 2010 demonstrierten unter schwierigsten Verhältnissen in der Innenstadt von Kabul mehr als 400 Menschen, mehrheitlich Frauen. Anlass der Demonstration war ein Bombardement in der Provinz Helmand durch US-Truppen, bei dem 52 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, ums Leben kamen. Zur Demonstration aufgerufen hatte die Solidaritätspartei Hisb-i-Hambastagi www.hambastagi.org, die zivile Proteste gegen die ausländischen Truppen, die Taliban und die korrupte Regierung Karzai organisiert. Die Solidaritätspartei ist somit Teil einer neuen Entwicklung innerhalb der afghanischen Zivilgesellschaft, die sich nicht länger durch den brutalen Krieg der Taliban, der Warlords und der NATO zerreiben lassen will.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat im Januar dieses Jahres Vertreterinnen und Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft nach Berlin geladen, um deren Stimmen auch hier das nötige Gehör zu verschaffen, darunter Said Mahmoud Pahiz, den Sprecher der Solidaritätspartei. Denn die Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft ist der einzige Weg, das Land von der fortwährenden Logik des Kriegs zu befreien und so eine friedlichere Zukunft für die Menschen Afghanistans zu gestalten. Die afghanischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz „Das andere Afghanistan“ der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag möchten wir Ihnen hier kurz vorstellen:

Malalai Joya

Bekannt geworden war die „mutigste Frau Afghanistans“ (BBC) Malalai Joya durch ihre Rede in der Loja Dschirga im Jahr 2003, in der sich die damals 23-Jährige gegen die anwesenden Warlords und Kriegsverbrecher in der von der internationalen Gemeinschaft unterstützten Versammlung aussprach. Im Jahr 2010 trat sie

nicht mehr zu den afghanischen Parlamentswahlen an, nachdem sie 2005 mit dem zweithöchsten Stimmenergebnis zur Abgeordneten der Provinz Farah gewählt worden war. Nur zwei Jahre später und nach mehreren Anschlägen auf ihr Leben wurde die Frauenrechtlerin, die schon mehrmals auf Einladung der Fraktion DIE LINKE in Deutschland war, suspendiert, weil sie das Parlament mit einem Zoo verglich. Die Regierung Karzai, die sie aus dem Parlament warf, setzt sich zu 80 Prozent aus Kriegsverbrechern zusammen. Joya lebt seitdem im Untergrund, ist Morddrohungen ausgesetzt und kann sich fast nur noch im Geheimen politisch betätigen. Aber sie fordert weiterhin laut und deutlich den Abzug der Truppen aus ihrem Land: „Wir wissen, dass es keine wirkliche Demokratie unter der Herrschaft der Gewehre der Warlords, der Drogenmafia und der Besatzung geben kann“, sagt sie.

RAWA

Bei der Revolutionären Vereinigung der Frauen Afghanistans (Revolutionary Afghan Women's Association, RAWA) handelt es sich um die älteste Frauenorganisation in Afghanistan, die im Jahr 1977 von mehreren intellektuellen Frauen unter der Leitung von Meena Keschwar Kamal gegründet wurde. Meena wurde im Jahr 1987 ermordet.

Eine der international bekanntesten Vertreterinnen von RAWA ist Zoya, die 1978 geboren wurde und mit 23 Jahren durch ihre Autobiografie „Mein Schicksal heißt Afghanistan“ öffentliche Aufmerksamkeit erlangte. In ihrer Lebensgeschichte schildert Zoya, wie sie nach der Ermordung ihrer Eltern im Jahr 1992 als 14-Jährige Afghanistan verließ, um in Pakistan an einer RAWA-Schule erstmals eine Schulbildung zu bekommen. Seitdem arbeitet sie wie ihre Mitstreiterinnen im Untergrund in Flüchtlingslagern, unterrichtet Kinder und Frauen, beteiligt sich an Demonstrationen und schafft auf Auslandsreisen Bewusstsein für die Situation der Frauen und Mädchen in Afghanistan. Zu ihren Aufgaben gehört auch das Dokumentieren von Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel die Ablichtung von Verletzten und Hingerichteten. Berühmtheit erlangte RAWA durch Fotografien von Hinrichtungen von Frauen im Kabuler Fußballstadion durch die Taliban.

Zoya war im Jahr 2008 bei der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zu Gast.

Alle RAWA-Aktivistinnen verwenden aus Sicherheitsgründen Pseudonyme und lassen ihre Gesichter nicht fotografieren. Die meisten standen oder stehen auf Todeslisten der Fundamentalisten. Diese Anonymisierung unterstreicht den kollektiven Ansatz der Organisation, der es nie um Persönlichkeiten, sondern um die Sache der Frauen und der Frauenbewegung in Afghanistan und weltweit geht.

RAWA glaubt fest daran, dass Freiheit und Demokratie nicht wie milde Gaben gespendet werden können. Es sei die Aufgabe der Menschen eines Landes, selbst für diese Werte zu kämpfen. Für ihre mutige und riskante Arbeit hat RAWA

zahlreiche internationale Auszeichnungen erhalten, darunter Preise von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen, den Preis „California Legislature Assembly Certificate of Recognition“ (2004), den italienischen Friedenspreis „Certificate of Honour to RAWA from the Region of Lombardia“ (2003), den Ehrendokortitel der Universität Antwerpen, Belgien (2002) sowie den ZDF-Mona-Lisa-Frauenpreis des Jahres 2001.

Said Mahmoud Pahiz

Said Mahmoud Pahiz ist Sprecher der Hisb-i-Hambastagi, der afghanischen Solidaritätspartei. Er hat französische Literatur studiert und ist neben seiner Parteiarbeit als Dolmetscher tätig. Said Mahmood Pahiz lebt in Kabul. Die offizielle Gründung der Solidaritätspartei erfolgte im Jahr 2004, aber die politischen Pläne zur Parteigründung reichen weiter zurück, bis zur Zeit der sowjetischen Besatzung. Derzeit unterstützen nach eigenen Angaben rund 30.000 Menschen die Partei, darunter sind vor allem Bauern, aber ebenso Intellektuelle. Die Parteizentrale in Kabul besteht gerade einmal aus zwei Räumen.

Pahiz gibt den ausländischen Truppen Mitschuld daran, dass sich in den letzten zehn Jahren keine demokratischen und antifundamentalistischen Kräfte in Afghanistan etablieren konnten: „Die Solidaritätspartei Afghanistan hat sich gebildet, um diesem Bedürfnis unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen. Allerdings haben wir bislang von keinem Land und keiner Organisation Unterstützung erhalten und sehen uns mit ungezählten Problemen und Beschränkungen konfrontiert, leiden unter den Schlägen, Drohungen und Morden der Feinde. Die Forderung nach Demokratie und Unabhängigkeit findet jedoch Zuspruch im afghanischen Volk, und die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns sehr bestärkt und motiviert.“

Sayed Yaqub Ibrahimi

Der Journalist Sayed Yaqub Ibrahimi arbeitet für das Afghanistanprogramm des Institute for War and Peace Reporting (IWPR), für das er preisgekrönte Berichte über den wachsenden Einfluss der Warlords in Afghanistan schrieb. Sein Bruder, der Student Sayed Perwiz Kambakhsh, wurde im Jahr 2007 verhaftet und von einem islamischen Gelehrtengericht zum Tode verurteilt, weil er einen islamkritischen Text heruntergeladen hatte. Nach internationalen Protesten wurde das Urteil zunächst in eine lebenslängliche Haftstrafe verwandelt. Im September 2009 wurde sein Bruder freigelassen. Seitdem leben beide Brüder im Exil. Ibrahimi spricht sich für einen Abzug der deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan aus, denn „es herrscht Krieg und die Deutschen sind Teil des Kriegs. Wenn sie abziehen würden, wäre die direkte Folge, dass der Krieg an Intensität verlieren würde – er würde kleiner werden. Das wäre aus meiner Sicht durchaus positiv.“

Shir Mohammad Basergar

Der Parteivorsitzende der afghanischen Einheitspartei zieht nach zehn Jahren Krieg eine negative Bilanz. Er bemängelt, dass die Situation der Bevölkerung nach

wie vor katastrophal ist, keine Sicherheit herrsche und die Militärpräsenz der NATO-Staaten lediglich die Regierung absichere, nicht aber die Afghaninnen und Afghanen schütze. Basergar fordert die Einführung einer echten parlamentarischen Demokratie mit fairen Wahlen, in der nicht die Korruption herrscht, und er mahnt die Einhaltung der Bürgerrechte an. Alternativ zur korrupten Regierung Karzai fordert Basergar: „Die Regierung, die wir vorschlagen, ist eine Regierung, die die Bürgerrechte aller Afghanen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Sprache, Volkszugehörigkeit und Religionszugehörigkeit gleichermaßen schützt. Der Staat, für den wir kämpfen, ist ein Sozialstaat, in dem die Menschen in einem großen nationalen Projekt für ein friedliches Zusammenleben vereint werden.“

Reha Nawin

Reha Nawin von der im Jahr 2007 gegründeten Organisation der Gerechtigkeitssuchenden (Social Association of Afghan Justice Seekers, SAAJS) arbeitet an der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, betreibt Aufklärungsarbeit über die Rechte der Opfer aus drei Jahrzehnten Krieg und bereitet Versöhnungsprogramme für die Kriegsoffer vor, denn, so fragt Nawin, „wie soll es uns möglich sein, eine demokratische, gerechte und menschenrechtsgemäße Ordnung aufzubauen, ohne die Vergangenheit aufzuarbeiten?“

Für sie liegt das Hauptproblem nach wie vor darin, dass Taliban und Warlords in der Regierung sitzen und dort nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Dem Westen wirft sie vor, die Bildung einer demokratischen Regierung in Afghanistan zu behindern. Deshalb fordert sie den Abzug der ausländischen Soldatinnen und Soldaten und ein Ende der ausländischen Finanzhilfen an Karzai. „Ihr sollt wissen“, so Reha Nawin, „die deutsche Regierung unterstützt mit Steuergeldern eine verbrecherische Regierung.“

Mariam Rawi

Auch Mariam Rawi ist Mitglied von RAWA. Im Rahmen der Konferenz „Ein anderes Afghanistan“ der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag kritisierte Mariam Rawi, dass die USA nicht nach Afghanistan gekommen seien, „um es von seinen Terroristen zu befreien und Frauenrechte zu unterstützen, sondern nur um ihre wirtschaftlichen, geopolitischen und geostrategischen Ziele zu erreichen“. Zudem ist Mariam Rawi davon überzeugt, dass „der erste Schritt zur Beendigung der Krise darin bestehen sollte, alle ausländischen Truppen, also auch die deutschen, ohne Bedingungen aus Afghanistan abzuziehen“.

Aziz Rafiee

Aziz Rafiee ist der Direktor des Forums der Afghanischen Zivilgesellschaft (Afghan Civil Society Forum-organization, ACSFo), des Dachverbands der afghanischen Nichtregierungsorganisationen. Im Panel „Internationale wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“ der Afghanistankonferenz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sagte Rafiee seinem Land mit Blick auf dessen geogra-

fische Bedeutung als Rohstofftransitland und Rohstofflager und den daraus resultierenden internationalen Interessen eine schwierige Zukunft voraus. Zu einem möglichen Versöhnungsprozess, sagte er, gehöre auch Gerechtigkeit für die Opfer: „Gerechtigkeit ist das wichtigste Prinzip unserer Kultur.“ Durch die Generalamnestie würden die Opfer erneut zu Opfern gemacht, was ein nicht hinzunehmender Umstand sei. Rafiee wies außerdem darauf hin, dass Afghanistan bis in die 1990er Jahre immer säkular regiert wurde und dass Menschenrechte eine große Bedeutung für die Afghaninnen und Afghanen haben. Er rief dazu auf, demokratische Kräfte in Afghanistan zu unterstützen: „Die ungleiche Mittelverteilung, die ungerechten verwaltungstechnischen Trennungen und die Unklarheit der Zahlen und Statistiken haben die Misstrauenskrise im Land verstärkt. Die Provinzen, die von Aufständen und Unsicherheit verschont bleiben, haben viel weniger Entwicklungsgelder (oder Aufmerksamkeit) erhalten als die Provinzen mit großer Unsicherheit.“

Weeda Ahmad

Weeda Ahmad, ebenfalls von der Organisation der Gerechtigkeitssuchenden, arbeitet an der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und bereitet Versöhnungsprogramme für die Opfer vor. Für sie liegt das Hauptproblem nach wie vor darin, dass Taliban und Warlords in der Regierung sitzen und dort nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Im Jahr 2005 verschafften sich diese als Parlamentarier selbst Schutz vor Strafverfolgung, als sie ein Amnestiegesetz erließen. Nur durch die gerichtliche Verfolgung der Täter aber könnte die von Verbrechen geplagte und traumatisierte Bevölkerung anfangen, einen Frieden zu entwickeln, der auch gerecht sei, so Ahmad.

In Kabul bilden sich aller Unterdrückung zum Trotz immer mehr solcher zivilgesellschaftlicher Gruppen wie die von Weeda Ahmad. Im Mai 2010 versammelten sich in Kabul auf der Opferdschirga für Gerechtigkeit mehr als 300 Menschen, um sich die Geschichten von Opfern aus ganz Afghanistan anzuhören. Sie fordern, sich mit den Anliegen der Opfer zu befassen und ihnen höchste Priorität einzuräumen.

6. Zentrale Forderungen der LINKEN

- sofortiger Abzug aller deutschen Soldaten und Soldatinnen aus Afghanistan
- keine Beteiligung am Aufbau korrupter Sicherheitsapparate durch Bundeswehr, Bundes- oder Landespolizei
- Anerkennung des Scheiterns der NATO und der Bundeswehr in Afghanistan und eine entsprechende Revision der jeweiligen Strategien dahingehend, dass Einsätze der Bundeswehr jenseits der Landesverteidigung ausgeschlossen werden
- Abkehr von der Strategie der „Vernetzten Sicherheit“ und der militärischen Instrumentalisierung humanitärer Hilfsorganisationen und der Entwicklungszusammenarbeit
- Aufhebung aller zur Bekämpfung des Terrorismus erlassenen Gesetze, welche in die Bürger- und Menschenrechte in Deutschland eingreifen, sowie die Wiederherstellung einer strikten Trennung von Militär und Polizei
- umfassende Unterstützung der demokratischen, progressiven und emanzipatorischen Kräfte in Afghanistan – in diesen Prozess sollten auch die befreundeten Gruppen und Organisationen aus den Nachbarländern eingebunden werden, um einen regional wirksamen Friedensprozess in Gang zu bringen
- Einsatz aller für Afghanistan aus dem Bundeshaushalt aufgebrauchten Mittel für die friedliche Unterstützung Afghanistans. Wie von vielen zivilen Helfern und Helferinnen immer wieder betont, kann nur eine friedliche Entwicklungszusammenarbeit ohne militärischen Hintergrund das notwendige Vertrauen schaffen.

7. Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

ISAF-Mandat

- Bundestagsdrucksache 16/6461 Entschließungsantrag zur Verlängerung des ISAF-Mandats; Abzug der Tornados
- Bundestagsdrucksache 16/2623 Entschließungsantrag zum Antrag der Regierung Drucksache 16/2573
- Bundestagsdrucksache 16/2573 Antrag der Regierung; Fortsetzung von ISAF
- Bundestagsdrucksache 16/10479 Entschließungsantrag: Entschließungsantrag betr. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Bundestagsdrucksache 16/2380 Kleine Anfrage: Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen von ISAF
- Bundestagsdrucksache 16/2587 Kleine Anfrage: Posttraumatische Belastungsstörungen von Soldatinnen und Soldaten
- Bundestagsdrucksache 16/6165 Kleine Anfrage: Afghanistan, statistische Erfassung der Kriegstote
- Bundestagsdrucksache 17/128 Entschließungsantrag: Entschließungsantrag zum Antrag betr. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Bundestagsdrucksache 17/4564 Entschließungsantrag: Entschließungsantrag zum Antrag betr. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen

- Bundestagsdrucksache 16/6461 Entschließungsantrag: Zur Verlängerung des ISAF-Mandats; Abzug der Tornados
- Bundestagsdrucksache 16/5711 Kleine Anfrage: Einsatz der Tornado-Flugzeuge im Rahmen von ISAF und OEF
- Bundestagsdrucksache 16/4547 Kleine Anfrage: Einsatz von Tornado-Flugzeugen in Afghanistan
- Bundestagsdrucksache 16/4047 Antrag: Keine Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan einsetzen
- Bundestagsdrucksache 16/9580 Kleine Anfrage: Auslastung der Flugbereitschaft der Bundeswehr

OEF-Mandat

- Bundestagsdrucksache 16/6158 Kleine Anfrage: Koordination militärischer Operationen von ISAF und OEF
- Bundestagsdrucksache 16/6098 Antrag: Keine Beteiligung an der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan
- Bundestagsdrucksache 16/5711 Kleine Anfrage: Einsatz der Tornado-Flugzeuge im Rahmen von ISAF und OEF
- Bundestagsdrucksache 16/3272 Kleine Anfrage: Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der OEF
- Bundestagsdrucksache 16/4674 Antrag: Einsatz des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan beenden
- Bundestagsdrucksache 16/10829 Entschließungsantrag: Entschließungsantrag zum Antrag betr. Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Entschließungsantrag Bundestagsdrucksache)

Drogenanbau

Bundestagsdrucksache 16/6285
Kleine Anfrage: Opiumproduktion in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 16/9418
Antrag: Abzug der Bundeswehr aus Südafghanistan

Bundestagsdrucksache 17/2288
Kleine Anfrage: Die Drogenbekämpfung in Afghanistan und die Auswirkungen auf die Bevölkerung des Landes

Menschenrechte, Gender, Frauen, Homosexualität

Bundestagsdrucksache 16/8318
Kleine Anfrage: Zur Entwicklung von Bildung, Gesundheit und Prostitution in Afghanistan seit Beginn des NATO-Einsatzes

Bundestagsdrucksache 16/2142
Kleine Anfrage: Die rechtliche Situation homosexueller Flüchtlinge in Deutschland und die Lage der Bürger- und Menschenrechte von Lesben, Schwulen und Transsexuellen in Afghanistan, Iran und Irak

Bundestagsdrucksache 17/1707
Kleine Anfrage: Lage der demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen sowie der Menschenrechte in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/2998
Kleine Anfrage: Umgang der Bundeswehr mit Kindersoldaten bei Auslandseinsätzen

Bundestagsdrucksache 17/5358
Kleine Anfrage: Bemühungen der Bundesregierung um einen im US-amerikanischen Militärgefängnis Bagram (Afghanistan) inhaftierten deutschen Staatsangehörigen

Bundestagsdrucksache 17/6744
Kleine Anfrage: Biometrische Erfassung von Afghaninnen und Afghanen durch die Bundeswehr

Sicherheitspolitik

Bundestagsdrucksache 16/2177

Kleine Anfrage: Evaluation zu den Auswirkungen des Terrorismusbekämpfungsgesetzes und seine Novellierung

Bundestagsdrucksache 16/6511

Kleine Anfrage: Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei den Polizeieinsätzen in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 16/1296

Kleine Anfrage: Umgang der Bundesregierung mit Söldnern, Söldnerfirmen, privaten Sicherheits- und Militärdienstleistungsunternehmen

Bundestagsdrucksache 16/3412

Kleine Anfrage: Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Staatsterrorismus

Bundestagsdrucksache 16/10845

Antrag: Pakistan und Afghanistan stabilisieren – Für eine zentralasiatische regionale Sicherheitskonferenz

Bundestagsdrucksache 17/4879

Antrag: Abzug deutscher Polizisten aus Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/2878

Große Anfrage: Deutsche Polizeiarbeit in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/492

Kleine Anfrage: Bewaffnete Gruppen in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/586

Kleine Anfrage: Deutsche Polizei-Ausbildungshilfe in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/1006

Kleine Anfrage: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: viertes Quartal 2009)

Bundestagsdrucksache 17/1338

Kleine Anfrage: Rechtlicher Status des Sanitätspersonals der Bundeswehr in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/1729

Kleine Anfrage: Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/1708

Kleine Anfrage: Deutsche Entwicklungszusammenarbeit, ziviler Wiederaufbau und zivilmilitärische Zusammenarbeit in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/2104

Kleine Anfrage: Sicherheitsgesetze und Verordnungen gegen den Terrorismus seit September 2001

Bundestagsdrucksache 17/2264

Kleine Anfrage: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: erstes Quartal 2010)

Bundestagsdrucksache 17/2673

Kleine Anfrage: Verkürzung der Ausbildung für Bundespolizisten vor dem Afghanistaneinsatz

Bundestagsdrucksache 17/2845

Kleine Anfrage: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: zweites Quartal 2010)

Bundestagsdrucksache 17/3144

Kleine Anfrage: Evaluierung von Sicherheitsgesetzen, Befugnissen, Sicherheitsdateien und Kooperationszentren von Polizei und Nachrichtendiensten

Bundestagsdrucksache 17/3931

Kleine Anfrage: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: drittes Quartal 2010)

Bundestagsdrucksache 17/4939

Kleine Anfrage: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: viertes Quartal 2010)

Bundestagsdrucksache 17/5665

Kleine Anfrage: Stand des Aufbaus der afghanischen Polizei

Bundestagsdrucksache 17/6034

Kleine Anfrage: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: erstes Quartal 2011)

Bundestagsdrucksache 17/6710

Kleine Anfrage: Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: zweites Quartal 2011)

Bundestagsdrucksache 17/519

Entschließungsantrag: Entschließungsantrag zur Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zur internationalen Afghanistankonferenz am 28. Januar 2010 in London

Bundestagsdrucksache 17/3678

Entschließungsantrag: Entschließungsantrag zur vereinbarten Debatte über das neue strategische Konzept der NATO

Bundestagsdrucksache 17/4225

Entschließungsantrag: Entschließungsantrag zur Regierungserklärung betr. Fortschritte und Herausforderungen in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/4449

Entschließungsantrag: Entschließungsantrag zur Regierungserklärung zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan

Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen

Bundestagsdrucksache 16/797

Kleine Anfrage: Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Hamburg und anderen Bundesländern

Bundestagsdrucksache 16/6252

Kleine Anfrage: Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/842

Kleine Anfrage: Zur Praxis und zum Rechtssystem gruppenbezogener Aufenthalts- bzw. Abschiebungsregelungen

Bundestagsdrucksache 17/5882

Kleine Anfrage: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2011

Gefangennahmen in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 16/4031

Antrag: Berichte über Planungen und Durchführungen von Gefangennahmen und Verschleppungen von Menschen auf deutschem Territorium

Kriegskosten

Bundestagsdrucksache 16/10482

Kleine Anfrage: Kosten deutscher Auslandseinsätze

Bundestagsdrucksache 17/2026

Kleine Anfrage: Kosten der militärischen Intervention in Afghanistan

Kriegsopfer

Bundestagsdrucksache 17/1813

Kleine Anfrage: Opfer des Kriegs in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/3723

Kleine Anfrage: Entschädigung der Opfer der Bombardierung von Kundus in der Nacht zum 4. September 2009

Bundestagsdrucksache 17/4792

Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz der deutschen Opfer und Leidtragenden als Folge des ISAF-Einsatzes und zivilpolitischer Maßnahmen in Afghanistan

Bundestagsdrucksache 17/6342 Antrag: Behandlungs- und Betreuungsangebote für traumatisierte Soldatinnen und Soldaten, zivile Kräfte und Angehörige ausbauen

www.linksfraktion.de